

Senioren- Report



Geschäftsstelle Berlin

Ausgabe 134

Sept 2026



Herbst der Proteste – Sozialstaat verteidigen!

Inhaltsverzeichnis

Grußwort Ines Beeck / Leitartikel	3
„Enteignung“ = bezahlbarer Wohnraum in Berlin?.....	4
Ausreichender Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten.....	5
Mietenwahnsinn stoppen!.....	6
Für gute und sozial gerechte Pflege In Deutschland!.....	7
Aufruf zur Demo am 26. September 2026.....	8
Altersvorsorgereformgesetz.....	9
Herbst der Reformen? – Herbst der Proteste!.....	10
Gegen Wehrpflicht und Militarisierung.....	11
Besuch des Olympiastadions.....	12
Ein schöner Tag auf der Pfaueninsel.....	13
Dampferfahrt nach Brandenburg/ Havel.....	14
Seminar zur Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit (AGA) im Bezirk BBS.....	15
Termine der Mitgliedertreffen.....	16

Impressum

Redaktion:

Hartmut Herold, Werner Kühnemann, Dorothea Lay, Hartmut Meyer,
Monika Wittek

Titelbild: Buchi

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 13.11.2026

V.i.S.d.P.: Ines Beeck, Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Berlin

E-Mail-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:

IGM-Seniorenreport@gmx.net

Senioren-Report und weitere Informationen im Internet:

<https://berlin.igmetall.de/mitmachen/arbeitskreise/senioren>



Grußwort



Ines Beeck
Zweite
Bevollmächtigte
IG Metall Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ab jetzt wird es konkret: Am 25. September übergeben wir unsere Forderungen an die Arbeitgeberverbände und starten damit in die diesjährige Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie.

Die Ausgangslage ist herausfordernd. Viele Unternehmen klagen über wirtschaftliche Unsicherheiten. Gleichzeitig erleben die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben die Folgen täglich: steigende Arbeitsbelastung, Personalengpässe und die Anforderungen einer tiefgreifenden industriellen Transformation.

Eines ist dabei klar: Die Beschäftigten tragen diesen Wandel schon heute mit ihrem Einsatz, ihrem Know-how und ihrer Flexibilität. Deshalb darf die Verantwortung für die Herausforderungen der Zukunft nicht einseitig auf ihren Schultern lasten. In Berlin haben wir deshalb in den letzten Wochen mit weit mehr als 2.000 Kolleginnen und Kollegen das Gespräch gesucht und gefragt, was jetzt am dringendsten gebraucht wird. Unsere Forderungen sind das Ergebnis dieser vielen Gespräche und Erfahrungen aus den Betrieben.

Entscheidend wird jetzt unsere Durchsetzungsfähigkeit sein. Ein gutes Verhandlungsergebnis fällt nicht vom Himmel. Es hängt davon ab, wie gut wir in den Betrieben organisiert sind, wie viele Kolleginnen und Kollegen sich beteiligen und ob es uns gelingt, gemeinsam Druck aufzubauen. Genau darauf wird es in den kommenden Wochen ankommen.

Doch auch die aktuellen politischen Entwicklungen sollten uns nicht unberührt lassen. Die Wahlen in Berlin sowie in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben erneut gezeigt: Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind keine Selbstverständlichkeiten. Für uns als Gewerkschaft ist das Auftrag und Verpflichtung zugleich: Wir setzen uns weiterhin entschlossen für Demokratie, Solidarität und Mitbestimmung ein – in den Betrieben ebenso wie in der Gesellschaft.

Solidarische Grüße

Eure Ines

Zweite Bevollmächtigte IGM Berlin

Es gibt viel zu tun

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zeigt auf, in welcher Gefahr unser Sozialstaat ist: Die Rechte und andere haben mehrere Optionen für einen Sozialabbau und scheuen sich nicht vor einem „Weiter so“. Ein Mittel gegen diese Strategie sind kraftvolle Aktionen gegen diese Politik.

Aus diesem Grund haben wir die Demo gegen den Mietenwahnsinn am 5. September aktiv unterstützt und bereiten uns aktiv auf die Demo am 26. September vor, die von den DGB-Gewerkschaften organisiert und von unseren Bündnispartnern aktiv unterstützt werden.

Den Grundstein für unsere Vorbereitungen legten wir auf unserer Klausur des SAK im August. Es geht um Aufklärung. U.a. planen wir auch Infomaterialien, die natürlich auch verbreitet werden. In unseren Arbeitsgruppen erarbeiten wir Positionen zu sozialpolitischen Themen und planen vier Info-Veranstaltungen im Jahr 2027. Die Termine und Themen werden rechtzeitig auf unserer Homepage bekannt gegeben.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis unserer Klausur ist die Absicht, wirksame Anträge für den Gewerkschaftstag 2027 vorzubereiten. Wir wollen eine IG Metall, die sich wirksamer als Kampforganisation versteht, und das nicht nur in Tarifaueinandersetzungen.

Damit sind unsere Schwerpunkte definiert: Eine starke IGM und Kampf für einen besseren Sozialstaat. Das Eine wird es ohne das Andere wohl kaum geben.

Herzliche Grüße

Euer Leitungsteam

Burkhard Bildt, Christian Fromm, Dorothea Lay,
Klaus Murawski, Manuela Wegener, Monika Wittek

Ist „Enteignung“ von großen Wohnungsunternehmen die Lösung für bezahlbaren Wohnraum in Berlin?

So lautete der Titel einer Veranstaltung des DGB am 29.06. Provokativ genug, um nicht nur mich, sondern etwa 50 weitere Interessierte anzulocken.

Trotzdem wurde vom großen Saal in den Ingeborg-Tönnesen-Saal ausgewichen, was mich gleich zu der ersten Suche veranlasste: Wer ist das denn? Wikipedia klärte mich auf: Natürlich war sie eine Gewerkschaftsfunktionärin, konkreter bei der ÖTV im Vorstand und aktiv im Widerstand gegen die Nazis. Wofür sie auch im Gefängnis saß. 1945 arbeitete sie nach der Befreiung im KZ Bergen-Belsen als Krankenschwester. Anschließend wirkte sie maßgeblich an der gewerkschaftlichen Vertretung von Krankenschwestern mit. Wieder was gelernt.

Doch nun zum Thema: Eingeladen waren die Vertreter von CDU, SPD, Grünen und Linken aus dem Abgeordnetenhaus und eine Vertreterin der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. Letztere verwendete natürlich den korrekten Begriff „Vergesellschaftung“ und klagte zuerst einmal darüber, dass der erfolgreiche Volksentscheid von 2021 noch immer nicht umgesetzt wurde. CDU und SPD verwiesen auf das neue Vergesellschaftungsrahmengesetz und dass ja alles so schwierig sei, wenn man es verfassungskonform hinbekommen wolle. Die CDU ist nach wie vor gegen die Vergesellschaftung – eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus sei genauso gut wie ein Volksentscheid (haha). Die Linke hingegen will nach der Wahl im September jegliche Koalition unter den Vorbehalt stellen, dass die Vergesellschaftung umgesetzt wird.

Ein großer Streitpunkt ist, wie hoch die Entschädigungen für die Altbesitzer ausfallen müssen. Die CDU rechnet mit Marktwerten, dann wird es sehr teuer. Die Initiative rechnet den Anstieg der Bodenpreise seit 2013 heraus, dann wird es bezahlbar.

Das Ergebnis der Diskussion wird niemanden überraschen: Vergesellschaftung ist nicht DIE Lösung, kann aber helfen, wenn die neue Besitzerin, die Anstalt öffentlichen Rechts, die Wohnungen „gut“ verwaltet. Weil allerdings keineswegs sichergestellt wäre, dass nicht irgendeine neue Berliner Regierung die Wohnungen erneut verkauft, kamen wir zum Thema, ob man die Wohnungen nicht lieber in eine Genossenschaft einbringen sollte. Das hätte einige Vorteile, ist aber wohl politisch erst recht nicht gewollt.

Was ich sonst noch gelernt habe:

- Wenn man im DGB-Haus die Klimaanlage wärmer stellt, wirkt sich das erst nach Tagen aus: trotz Außentemperaturen von mehr als 30 Grad mussten wir frieren.
- Seit 2024 sind die Mieten in Berlin um 6,9 % gestiegen
- Für die Banken sind nicht die hohen Angebotsmieten das Problem, sondern die niedrigen (!) Bestandsmieten
- Jeder dritte Haushalt in Berlin ist wohnkostenüberlastet, das heißt, er zahlt mehr als 40 % des Haushaltseinkommens für Miete und Nebenkosten
- Die Wohnungskrise ist kein Naturgesetz, sondern politisch verantwortlich (na gut, das wusste ich schon)
- Grobe Zahlen: in Berlin gibt es zwei Millionen Wohnungen. Davon gehören 200.000 Genossenschaften, 400.000 sind in Öffentlicher Hand, weitere 200.000 kämen durch die Vergesellschaftung hinzu
- Berliner sind 20 bis 30 % ärmer als Hamburger oder Frankfurter, deshalb kann man die Mieten nicht eins zu eins vergleichen

Mein persönliches Resümee: Es wäre schon viel geholfen, wenn die Ämter genug Personal hätten, um gegen Leerstand, Zweckentfremdung und Wuchermieten vorzugehen – die Gesetze sind da!

Manuela Wegener



Foto: DGB Berlin-Brandenburg

Mitgliederversammlung am 24. Juni 2026

Ausreichender Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten

Besteht eine Wohnungsnotlage?

Mit dieser Frage startete Marek Schauer am 24. Juni 2026 unsere Mitgliederversammlung im Alwin-Brandes-Saal. Marek ist im Vorstand der Berliner Mietergemeinschaft, die ihren Mitgliedern unter anderem konsequenten Rechtsbeistand zu gewährt.

Etwa 35 Kolleginnen und Kollegen hatten trotz heißem Wetter an diesem Nachmittag den Weg in unserer IG Metall Haus gefunden und wurden nicht enttäuscht. Die Probleme für Mieter in unserer Stadt sind groß. Teure Neuvermietung und steigende Mietpreise, Umwandlung in Eigentumswohnungen mit anschließender Eigenbedarfskündigung, Leerstand, genehmigte Wohnungen werden nicht gebaut, Zweckentfremdung für Tourismus, Konzentration auf Bürobauten, und vor allem die Macht und Gier der Immobilienkonzerne machen es schwierig eine angemessene und bezahlbare Wohnung zu finden.

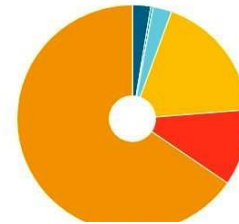


Was ist zu tun?

Es gibt politische Möglichkeiten dem entgegenzuwirken, meint Marek. Der Bestand kann durch Mietpreisüberwachung und Milieuschutzgebiete gegen Wucher geschützt werden. Die Überwachung gegen Leerstand und Zweckentfremdung sind zu verbessern und vor allem sind auch die bereits existierenden Eingriffsmöglichkeiten zu nutzen. Nicht umgesetzte Baugenehmigungen könnten zurückgezogen werden. Gegen die Macht der Immobilienkonzerne hatten 58 % Berliner am 26. September 2021 für die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne gestimmt. Den Regierenden fehlte aber der Mut dieses umzusetzen.

Berliner Mietwohnungen nach Gruppe der Eigentümer:innen und Art der Wohnungsbindung 2024

- Städtische mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen (2,6 %)
- Genossenschaftliche mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen (0,3 %)
- Private mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen (2,6 %)
- Städtische ungebundene Wohnungen (18,2 %)
- Genossenschaftliche ungebundene Wohnungen (10,8 %)
- Private ungebundene Wohnungen (65,4 %)



<https://www.ibb.de/de/ueber-uns/publikationen/wohnungsmarktbericht/2025.html>

Wer kann was tun?

Grundsätzliche Probleme wie Umwandlung in Eigentum, Auslaufen der Sozialbindungen und kein Mietstopp sind zum Teil hausgemacht und Änderungen sind als Bundesland kaum möglich. Bauen - bauen – bauen nützt nichts, wenn die Wohnungen nicht bezahlbar sind, dass zeigt der Leerstand.

Die Mieterorganisationen setzen sich für eine Förderung von Genossenschaften und Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ein. Durch Bodenüberlassung nach Erbbaurecht und Übertragung bundes- und landeseigener Grundstücke zu Vorzugspreisen könnten die günstiger bauen.

Nach dem Vortrag blieb noch viel Zeit zu Nachfragen und diese wurde eifrig genutzt. Viel Kritik wurde an den Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften geübt. Schleppende Renovierungen, Beseitigungen von Schäden und fehlende Ansprechbarkeit waren die Hauptpunkte.

Auch die von den Koalitionsparteien formulierten wohnungspolitischen Ziele beim Neubau wurden nicht erreicht.

Am Ende des Vortrags wurden die Lösungsansätze der Berliner Parteien kurz genannt. Diese können wir demnächst in den Wahlprogrammen nachlesen und am 20. September bei der Abgeordnetenhauswahl entsprechend abstimmen.

Klaus Murawski

Demonstration am 05. September 2026 Mietenwahnsinn stoppen!

Über 10.000 Berliner:innen gingen am 5. September für bezahlbaren Wohnraum und gegen Verdrängung auf die Straße. Wir IGM-Seniorinnen und -Senioren hatten uns neben der Tribüne vor dem Roten Rathaus mit unseren Schildern verabredet.

„Mietwucher und Wohnungsknappheit hat für viele Berliner schwerwiegende Auswirkungen... Deshalb ist die Unterstützung des Mieterprotestes eine wichtige Aufgabe *auch* für die IG Metall. Was nützen alle erkämpften Lohnerhöhungen, wenn sie durch überhöhte Mieten

„Eine private Neubauwohnung kostet in Berlin *im Schnitt* 20 Euro pro Quadratmeter. Das können sich nur noch die oberen fünf Prozent der Bevölkerung leisten“, teilte Kim Meyer vom Bündnis mit. Obendrein würden die extremen Neubaumieten langfristig den *Mietspiegel* heben. Damit der nicht weiter ein 'Miet-Erhöhungsspiegel' ist, wird eine *neue* Art der *Berechnung* der „ortsüblichen Vergleichsmiete“ vorgeschlagen: Es sollen auch Bestands- und Sozial-Mieten einfließen; aber keine Wucher-Mieten!



den Beschäftigten (und mittelbar den Rentnern) nicht vollumfänglich zugutekommen.“ So stand es im Unterstützungsauftrag der IGM Berlin zu dieser Demonstration.

„Die Politik hat versagt“, stand auf Transparenten. „Sie hat das Treiben der Konzerne und Vermieter:innen seit Jahrzehnten aktiv unterstützt, und wir müssen es ausbaden“, heißt es im Demo-Aufruf. Seit 2025 gibt's eine Mietpreisprüfstelle vom Senat. Ergebnis: Bei 66 % der untersuchten Fälle wurden *Wuchermieten* festgestellt, d.h. die verlangte Miete liegt mehr als 50 % über der zulässigen Miet-Grenze. Noch dazu muss man sich dann mit seinem Vermieter individuell anlegen.

„Wir haben Eure Mietabzocke satt“, hieß es mehrfach bei der Auftaktkundgebung. Der Berliner Mieterverein und die Berliner Mietergemeinschaft waren ebenso präsent wie viele lokale Gruppen, z. B. aus der Siedlung am Steinberg in Tegel, von der Weberwiese oder „Pankow gegen Verdrängung“. Von den fast vier Millionen Berlinerrinnen und Berlinern wohnen 3,2 Millionen in Mietwohnungen, rief eine Rednerin in Erinnerung.

Besonders beeindruckend waren Berichte von Bewohner-Initiativen, die sich in großen Wohn-Hoch-Häusern bzw. Siedlungen *gemeinsam* gegen unzumutbare Bedingungen wie Schimmel, Ausfall von Heizung und Aufzug u.a. Mängel durch versäumte Instandhaltung gewehrt hatten und nach kräftezehrenden Kämpfen auf der Straße und vor Gerichten Erfolg hatten.

Natürlich braucht Berlin einfach auch *mehr* Wohnungen, also auch Neubau! Die Landeseigenen Wohnungsgesellschaften bauen *mehr* als Privat-Investoren, deren neugebauten Wohnungen z. T. leer stehen, da sie zu teuer sind. Auch das ist Realität in unserer Stadt. Inzwi-

schen hat Berlin eine Wohnungs*notlage*, d. h. es ist hier viel schlimmer als nur ein „angespannter Wohnungsmarkt“, wo „ausreichende Versorgung (lediglich) gefährdet ist“. Notlage rechtfertigt „reagierende und direkte Eingriffslogik“, um „bereits bestehende Defizite einer angemessenen Versorgung“ zu beheben, formulieren Gerichte.

„Wer Wohnen bezahlbar machen will, muss die Marktmacht von Vonovia, Adler, Heimstaden und Co brechen. Vergesellschaftung ist der beste Deal für Berlin.“ sagt die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, die bei einer 73,5-prozentigen Wahlbeteiligung den zu 59,2 % gewonnenen Volksentscheid 2021 organisiert hatte. „Eine Finanzierungsstudie zeigt: Die Entschädigung der Konzerne ist auch bei knapper Haushaltskasse möglich, weil sie erstens deutlich unter Marktwert liegt und zweitens über die zukünftigen Mieteinnahmen komplett refinanziert werden kann.“

Sabine Kördel

Wie weiter mit der Pflege? Für gute und sozial gerechte Pflege In Deutschland!

Wer bezahlt die Pflege?

Die Pflege von alten oder Menschen mit Einschränkungen sind eine gesellschaftliche Aufgabe. Zurzeit wird die Pflege über die Pflegeversicherung von den Beschäftigten und Arbeitgebern getragen. Die Pflegeversicherung deckt aber nur einen Teil der Kosten ab. Wenn die Leistungen der Pflegeversicherung nicht ausreichen, wird auf das Vermögen der Versicherten oder auch auf das der Kinder zugegriffen. Ist das nicht möglich, wird der Rest aus dem Steuertopf bezuschusst (Hilfe zur Pflege).

Da die Kosten für Pflege gestiegen sind, ändert auch die jetzige Reform nichts. Es wird also durch die Reform eher schlechter als besser.

Pflegeversicherung für alle!

Der DGB und die Sozialverbände haben den Vorschlag einer Pflegevollversicherung gemacht. Diese Versicherung soll die gesamten Kosten für Pflege, sowohl die häusliche Pflege als auch die Pflege in einer Einrichtung übernehmen. Ziel ist es dann, das zu Pflegenden und ihre Angehörigen nichts bezahlen müssen.

Woher kommt das Geld?

Bezahlt werden soll diese Versicherung durch die gesamte Gesellschaft. Alle sollen darin einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze muss angehoben, auch Selbstständige, Beamt*innen und Spitzenverdiene*rinnen sollen ihren Beitrag leisten. Vom DGB wird vorgeschlagen auch die Steuervorteile von Erbschaften, die ca. 74-88 Milliarden ausmachen, und besonders große Vermögen in die Pflegeversicherung einbeziehen.

Wer macht die Arbeit?

Pflegende brauchen eine gute Ausbildung. Deutschland ist eines der wenigen Länder in Europa, das keine

Hochschulausbildung für Pflegenden durchgängig verpflichtend anbietet. Faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung sind aber eine Voraussetzung für gute Pflege.

Dadurch würde auch die ambulante Pflege gestärkt werden. Die Vernetzung von ambulanten Diensten, Kurzzeitpflege und Tagespflege muss dafür sorgen, dass Menschen länger in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.



Profit mit Pflege

In der Ambulanten Pflege und auch bei den Einrichtungen stellt sich die Frage, ob Private Pflegedienste und Einrichtungen, die ja Profit machen wollen, sinnvoll sind. Die Profite der Firmen senken den finanziellen Rahmen für zu pflegende Menschen.

Pflege ist eine gesellschaftliche Aufgabe und darf nicht durch die Jagd nach Profiten beeinflusst werden.

In Skandinavien wird Pflege überwiegend durch Steuern bezahlt (also von Allen) und es gibt kaum private Firmen die Pflege anbieten, so dass das Geld nur für die zu Pflegenden zur Verfügung steht.

Belastungen für pflegende Angehörige senken!

Es muss Freistellungsmöglichkeiten und Lohnersatzleistungen für Angehörige geben. Auch eine Entlastung durch professionelle Pflegekräfte ist dringend geboten. (In Dänemark gibt es ein solches System schon).

Gottfried Dolinski

26.09.2026
12:00 Uhr



Es geht um Dein Geld ...

Jetzt reicht's, sagt der DGB

Wem reicht es und wem nie?

- ▶ Du musst aufhören, Dich auf Deinen Lorbeeren auszuruhen. Die Konkurrenz schläft nicht. Werde konkurrenzfähig! Leiste Deinen Beitrag zur Rettung. Du warst nicht faul, mach jetzt den Faulen Beine. Du kannst nicht auf andere warten.
- ▶ Du musst die Reichen retten. Dann retten die Dich. So wie bisher auch. Bei Mercedes beispielsweise: Gewinneinbruch! Statt zuvor 10 Milliarden jetzt nur 5. Weil das nicht reicht, folgt Personalabbau. Logo! Aber nur, damit die übrigen Arbeitsplätze gesichert werden. Logo?
- ▶ Ohne Reformen geht das nicht. Jetzt gibt es sogar ein Reformpaket. Natürlich nicht umsonst. Die Gesundheit wird teurer, dafür die Rente kürzer. Kapitalgedeck(el)t.

Du wirst Dich entscheiden müssen:

Bist Du reich oder reicht es Dir?

Deine Entscheidung:

Auf die Straßen am 26. September,

in Berlin um 12:00 Uhr am IG Metall-Haus, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin

In Bremen, Erfurt, Essen, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig,
Magdeburg, Nürnberg, Rostock, Saarbrücken, Stuttgart.

Deine Entscheidung macht Dich nicht reich.

Was können wir kleinen Leute schon tun?

Unsere gemeinsame Stärke erkennen und nutzen.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Geschäftsstelle IG Metall Berlin, vertreten durch Ines Beed, Zweite Bevollmächtigte, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin
Erstellt vom Arbeitskreis der Seniorinnen und Senioren der IGM Berlin (SenAK)

Private Vorsorge = höhere Rente? Altersvorsorgereformgesetz

Milliarden an Steuern für die Finanzwirtschaft ohne Perspektive für gute Renten

Das Altersvorsorgereformgesetz wurde von der Bundesregierung im Mai 2026 verabschiedet. IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban (bis Juli 2026 für Soziales zuständig), äußerte wie folgt zu dem Gesetz: „Wer glaubt, die Rentenprobleme dieses Landes ließen sich mit privaten Finanzprodukten lösen, irrlichert gewaltig. Diese Reform marschirt im Eiltempo weiter auf dem Holzweg individueller privater Altersvorsorge – und am Ende dieses Holzwegs steht keine sichere Altersversorgung, sondern ein neues Labyrinth aus zwar subventionierten, aber doch einseitig von Beschäftigten zu finanzierenden Angeboten ohne garantierte Leistung. Das ist keine solidarische Alterssicherung. Hier wird versucht, Kapital für Risikoinvestitionen zu mobilisieren und hierfür die Alterssicherungspolitik zu instrumentalisieren.“

Ärgerlich ist dabei auch, dass von Seiten der Bundesregierung bei jeder Gelegenheit auf die kommenden Reformergebnisse der Rentenkommission verwiesen wird. Gleichzeitig boxt die Bundesregierung aber bereits eine Rentenreform nach der nächsten durch den Bundestag. Die Rentenkommission der Bundesregierung droht so zur Farce zu werden.“

Neues im Altersvorsorgereformgesetz

Bei Riester musste man jährlich 4 Prozent seines rentenversicherungspflichtigen Einkommens aus dem Vorjahr einzahlen, um die Zulagen zu erhalten. Die Riesterreute wurde 2012 noch von 10,2 Mio. Menschen genutzt, 2023 nur noch von 9,3 Mio. Die Kosten haben sich von 3,9 Mio. auf 3,3 Mio. jährlich reduziert. Die Verträge gingen weiter zurück, die Riesterreute ist damit gescheitert.

Nun will die Regierung mit einem neuen Produkt der privat finanzierten Rente neues Leben einzuhauchen. Den Steuerzahlern kommt dieses jedoch doppelt so teuer zu stehen, wie die Beispielrechnung rechts zeigt.

Im Grunde sparen die Beschäftigten einen Teil ihres Einkommens und fördern dieses mit ihren eigenen Steuern, nur damit die Unternehmen von der Altersvorsorge entlastet werden und Finanzmärkte mehr „Spielgeld“ bekommen.

Die Alterssicherungskommission geht in ihrem „Rentenkunstwerk“ einen anderen Weg. Unter den Punkten 27, 28 von 33 fordern sie, eine obligatorische kapitalgedeckte Rentenkomponente mit bis zu 2 % vom Bruttolohn einzuführen, beginnend 2027 mit 1 %. Gespeist werden soll diese, anders als die Privatrente vom Altersvorsorgereformgesetz, zu gleichen Teilen von Arbeitgeber und Arbeitnehmern.

Die **Fond- Rente in Schweden** muss immer als Beispiel erhalten. Dort muss jeder Arbeitnehmer 2,5 % seines Einkommens im staatlichen Fond anlegen, seit 25 Jahren. In der Rente macht diese Rücklage gerade mal 5 % des gesamten Renteneinkommens aus. So sollen Rentenlücken, zu Lasten der Beschäftigten und Rentnern, durch weitere Vorschläge der Kommission geschlossen werden.

Alleinstehend berufstätig ein Kind:				
Eigenbetrag	Steuerzuschuss je Euro	Steuerzuschuss im Jahr		Riester Kind nach 2008 geboren
360,00 €	0,50 €	180,00 €	Basis	175,00 €
1.440,00 €	0,25 €	360,00 €	zusätzlich	0,00 €
300,00 €	1,00 €	300,00 €	je Kind max.	300,00 €
2.100,00 €		840,00 €		475,00 €
Familie 2 berufstätig, 2 Kinder:				
Eigenbetrag	Steuerzuschuss je Euro	Steuerzuschuss im Jahr		Riester Kind nach 2008 geboren
360,00 €	0,50 €	180,00 €	Basis	175,00 €
1.440,00 €	0,25 €	360,00 €	zusätzlich	0,00 €
300,00 €	1,00 €	300,00 €	je Kind max.	300,00 €
360,00 €	0,50 €	180,00 €	Basis	175,00 €
1.440,00 €	0,25 €	360,00 €	zusätzlich	0,00 €
300,00 €	1,00 €	300,00 €	je Kind max.	300,00 €
4.200,00 €		1.680,00 €		950,00 €

Resümee: Ein durchgerechnetes Modell ist das gesamte Kunstwerk nicht, fördert aber den Einstieg in die Kapitalrente mit allen Risiken! Auch mit Produkten vom Altersvorsorgereformgesetz ab 1.1.2027 entstehen nur hohe Kosten für alle und nutzen können es nur die, die dafür Geld übrighaben.

Klaus Murawski

Herbst der Reformen? - Herbst der Proteste!



Am 21. September begrüßt die IG Metall „Den Herbst der Reformen“ mit Protesten in der Automobilindustrie und ihren Zulieferern. Trotz hoher Gewinne wird mit weiterem Personalabbau gedroht, damit die Rendite stimmt. Die Aktienmärkte sind wichtiger als die Zukunft der Beschäftigten und die Zukunft ganzer Regionen!

Am 26. September folgen unter dem Motto, „Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente.“ in 15 Großstädten, von Kiel bis München, von Saarbrücken bis Berlin Großdemonstrationen. Er kämpfte Rechte, wie der Kündigungsschutz,

Arbeitszeiten und Altersteilzeiten werden von den Wirtschaftsverbänden angegriffen, die Leistungen für die Kranken und deren Pflege sollen reduziert werden, länger Arbeiten bis zur Rente, die dafür geringer ausfallen soll. Das gilt es zu verhindern.

Am 3. Oktober rufen bundesweit viele Organisationen zu zwei Demonstrationen in Stuttgart und Berlin auf. Mit Schulden in Höhe von 500 Mrd. Euro + x für die nächsten Generationen soll mit Panzern, Drohnen, Mittelstreckenraketen und anderen Kriegswaffen Deutschland kriegsfähig gemacht werden. Gerade die jungen Menschen werden nicht gefragt, sollen aber für Freiheit und Wohlstand ihr Leben opfern. Freiheit und Wohlstand für wenige oder für alle? Was könnte gemeint sein?



Der **Herbst der Reformen** der Regierungskoalition mit 34 Punkten besteht aus einem Wunschkatalog der Wirtschaft für die Sicherung zukünftiger Profite in Deutschland. Die ungerechte Verteilung der Vermögen nimmt zu. Die Politik belastet zunehmend die Arbeitenden anstatt die Reichen. Bei der „Reichensteuer“ werden nur die Arbeitseinkommen besteuert und nicht das Vermögen, eine Mogelpackung. Allein durch die Erbschaft- und Schenkungsteuer wurden 2025 21,4 Mrd. Euro eingezogen. Auch das Vermögen muss besteuert werden.

Die Proteste sind gerechtfertigt und werden fortgesetzt bis der Horrorkatalog begraben wird!

Klaus Murawski/Hartmut Meyer



Delegiertenversammlung 08. September 2026 Gegen Wehrpflicht und Militarisierung!



Auf Antrag der Jugend und des Ortsvorstandes wurde auf der letzten Delegiertenversammlung folgender Antrag einstimmig beschlossen:

Gegen Wehrpflicht und Militarisierung!

Als IG Metall Berlin fühlen wir uns einem friedenspolitischen Erbe verpflichtet und setzen uns für „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ (Satzung der IG Metall) ein.

Daher stehen wir dem im Kontext aktueller Kriege vielfach geforderten Aufwuchs der Bundeswehr, einer neuen Rüstungsspirale und besonders einer Wiedereinführung der Wehrpflicht ablehnend gegenüber.

- Ausdrücklich lehnen wir eine Rückkehr der Wehrpflicht bzw. einer „Bedarfswehrpflicht“ ab, da: Junge Menschen als die Betroffenen einer möglichen Wiederverkehr der Wehrpflicht — bei der Entstehung des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes nicht beteiligt wurden und werden
- Junge Menschen über die komplexen Ursachen globaler Machtkonflikte nicht richtig aufgeklärt werden
- viele Jugendliche mit geringem Einkommen durch hohe Entgelte in den Dienst gelockt werden und am Ende der Dienstzeit ohne mehr Berufsausbildung und Erwerbschancen dastehen würden
- das Geld, was für Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen locker gemacht wird, besser als längst überfällige Investitionen in mehr und bessere Ausbildung fließen sollte
- dass die Stabilisierung des Rentensystems, die Verbesserung der Kranken- und Pflegeversicherung und die Entlastung von Kommunen den ohnehin hohen Rüstungsausgaben (Platz vier auf der Weltliste) untergeordnet werden

Unserer Meinung nach müssen in Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltige und friedensfördernde Zielsetzungen stets Priorität haben. Davon würden dann nicht Militarisierungs-Erzählungen und übergroße Konzerne, sondern die soziale Sicherheit der Allgemeinheit profitieren.

Als Gewerkschaft stehen wir solidarisch an der Seite aller Kolleginnen und Kollegen, die von den Folgen der Militarisierung betroffen sind. Insbesondere

Beschäftigte in Betrieben, die im Zuge von Aufrüstungspolitik umgebaut, erweitert oder von Rüstungsaufträgen abhängig gemacht werden, dürfen nicht gegen friedenspolitische Ziele ausgespielt werden. Unsere Kritik an Aufrüstung und Militarisierung richtet sich nicht gegen die Beschäftigten.

Wir treten für den Erhalt guter Arbeitsplätze, für Beschäftigungssicherung und sozial abgesicherte Perspektiven ein. Notwendig sind öffentliche Investitionen in zivile Produktion, Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und industrielle Transformation statt einer Ausweitung der Rüstungsproduktion. Als IG Metall halten wir zusammen: Wir solidarisieren uns mit allen Kolleginnen und Kollegen und lehnen jede Politik ab, die Beschäftigte vor die falsche Wahl zwischen Frieden und Arbeitsplatz stellt.

Nein zu Wehrpflicht und Militarisierung!

Bereits vor einem Jahr hat die Delegiertenversammlung der Geschäftsstelle Berlin beschlossen:

Wir sagen STOPP

- bei der Stationierung von Hyperschallangriffswaffen in unserem Land,
- bei den Bestrebungen für eine deutsche nukleare Teilhabe,
- mit der Beteiligung beim Drehen an der Schraube zunehmender Eskalation von militärischen Konflikten in der Welt.

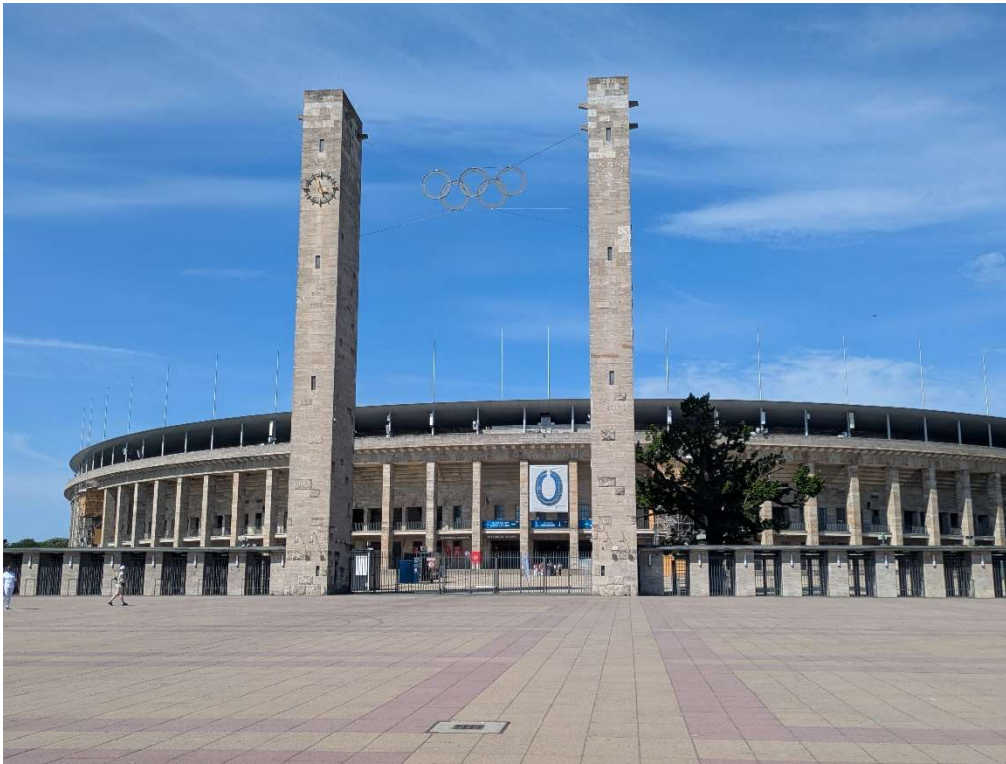
Wir setzen uns dafür ein,

- dass in den weltweiten Konflikten die Diplomatie gestärkt und der Frieden dadurch gesichert wird,
- dass der Sozialstaat gefestigt und
- dass die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme für alle verbessert werden.

Deshalb rufen wir auf zur Teilnahme an der Demonstration

„Nein zur Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg!“
am Samstag, den 3. Oktober 2026 um 13 Uhr
vor dem Roten Rathaus

17. Juni 2026 Besuch des Olympiastadions

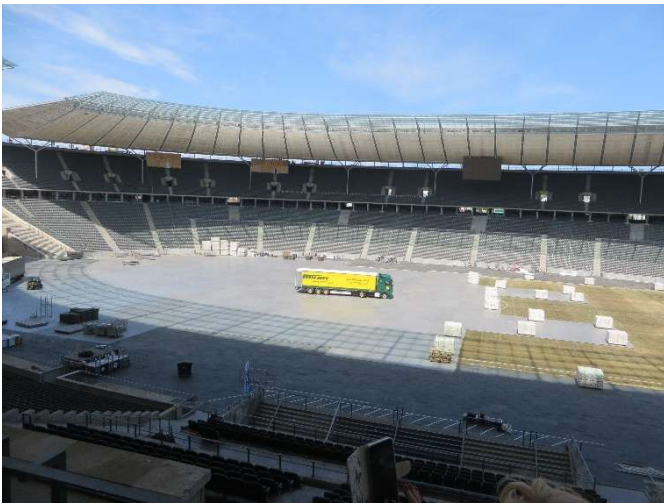


Olympiastadions.

Besonders eindrucksvoll war die Darstellung der historischen Entwicklung sowie der Umbauten über die Jahrzehnte hinweg. Auch aktuelle Ereignisse kamen zur Sprache: Erst am vergangenen Wochenende fand hier ein Konzert von Helene Fischer statt, das erneut die Vielseitigkeit des Stadions unter Beweis stellte.

Ein Highlight der Besichtigung war der Blick hinter die Kulissen. Die Gruppe konnte unter anderem die Kabinen von Hertha BSC sowie die exklusiven VIP-Bereiche

Am 17. Juni unternahmen die Seniorinnen und Senioren der IG Metall einen gemeinsamen Ausflug zum Berliner Olympiastadion.



Im Rahmen einer knapp zweistündigen Führung erhielten die Teilnehmer spannende Einblicke in die bewegte Geschichte der traditionsreichen Sportstätte – von den Planungen des „Deutschen Stadions“ im Jahr 1912 bis hin zur heutigen Nutzung des modernisierten

besichtigen und so einen Eindruck vom Innenleben des Stadions gewinnen.



Zum gelungenen Abschluss des Ausflugs kehrte die Gruppe in die Olympiastadion-Terrassen ein, wo der Tag in geselliger Runde bei gutem Essen ausklang.

Fotos: Gerhard Lux und Ralf Steckert,
Text: Ralf Steckert

08. Juli 2026

Ein schöner Tag auf der Pfaueninsel

Unser diesjähriger Mittsommer-Ausflug führte uns am Mittwoch, dem 08. Juli, auf die Pfaueninsel. Sie liegt im Südwesten Berlins in der Havel und steht seit 1990 zusammen mit anderen Schlössern und Parks in Berlin und Brandenburg als Weltkulturerbe auf der Liste der UNESCO.



Wir trafen uns als Gruppe von ca. 40 Personen am S-Bahnhof Wannsee und fuhren in einem historischen BVG-Bus - alter Doppeldecker mit richtig schön durchgesessenen Kunstledersitzen - durch

den Westlichen Düppeler Forst zur Fähranlegestelle, von wo aus wir mit der Fähre zur Insel übersetzten.

Dort angekommen orientierten wir uns zunächst einmal anhand einer Karte, wie der maßgeblich von Peter Joseph Lenné zwischen 1816 und 1834 gestaltete Inselpark angelegt ist.

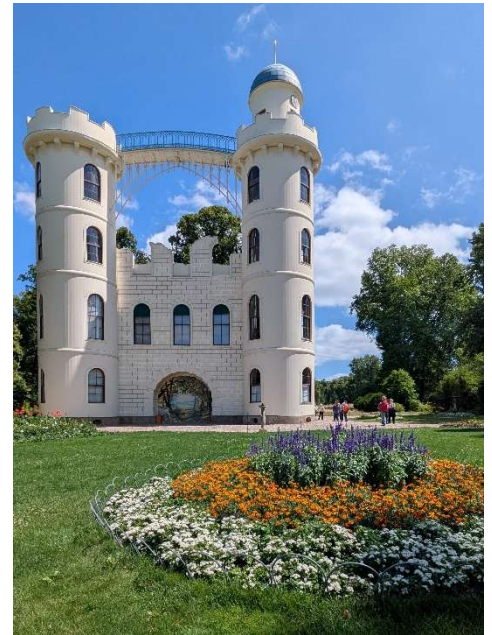
Für die geplante Schlossführung teilten wir uns in zwei Gruppen auf: während die erste Gruppe das Schloss besichtigte, erkundeten die anderen individuell die Insel und entdeckten z.B. die Volière, die Liegewiese mit Kaffeegarten und das Kavaliershaus etc. Die etwa eine Stunde, die uns zur Verfügung stand, reichte nicht aus, um alle Sehenswürdigkeiten zu finden - aber sie war aus-



reichend, um feststellen zu können, dass ein weiterer Besuch mit mehr Zeit sich durchaus lohnen würde.

Das Schloss und die -führung waren der Höhepunkt unseres Ausfluges. Das Schloss wurde im Auftrag des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II. von 1794 bis 1797 vom Hofzimmermeister Johann Gottlieb Brendel als Lustschloss für ihn und seine Geliebte Wilhelmine Encke, zu der er Zeit seines Lebens eine Beziehung pflegte, er-

baut. Die gelegentlich als „preußische Pompadour“ bezeichnete Wilhelmine wurde an der Planung des Schlosses beteiligt, und sie durfte die Inneneinrichtung, welche einfach aber äußerst qualitativ ausfiel (die unterschiedlichen



Parkettböden sind dabei besonders beeindruckend), die Möblierung und Dekorationen weitgehend selbst bestimmen. Wirklich genießen konnten die beiden das Werk jedoch nicht, denn ihr Gönner Friedrich Wilhelm II. verstarb im Jahr der Fertigstellung und sie wurde vom Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm III. in die Verbannung geschickt. Von 2021 bis 2025 wurde das Schloss umfassend und sehr behutsam saniert.

Nachdem beide Gruppen die Führung absolviert hatten, trafen wir uns wieder an der Fähranlegestelle Pfaueninsel und setzten „aufs Festland“ über, von wo aus wir eine kleine Wanderung in das Ausflugslokal „Blockhaus Nikolskoe“ unternahmen, in dessen Garten wir uns ausgiebig stärkten. Abschließend fuhren die meisten von uns mit dem Bus zurück nach Wannsee und unsere Wege trennten sich mit dem Gefühl, einen wunderbaren Tag erlebt zu haben. Und dafür bedanken wir uns beim Orga-Team ganz herzlich!

Karin Boettcher

Seniorinnen und Senioren unterwegs am 31. August 2026 Dampferfahrt nach Brandenburg/ Havel

Diesmal waren wir unterwegs mit dem Dampfer von Spandau auf der Havel nach Brandenburg/Havel.

Am Montag pünktlich um 8:30 am 31. August ging es los. Wir drei Handwerker stiegen am Lindenufer in Spandau auf's Schiff. Unser Schiff war die „Wappen von Spandau“.



Bei leichten Regen ging es auf der Havel Richtung Stadt Brandenburg los. Wir drei zogen vom Oberdeck ins Innere und hatten erstmal mit unserem Matrosen Frühstück zu tun.



Auf der Fahrt passierten wir an Backbord und Steuerbord zahlreiche Sehenswürdigkeiten. Das waren unter anderen die Freybrücke, der Grunewald Turm, die Villa Lem, die Insel Schwanenwerder mit den markanten Villen und die Pfaueninsel mit dem Schloss. Vom Wasser

aus sieht das alles sehr schön aus.

Das Schiff legte dann bei immer noch leichten Regen in Wannsee an. Der größte Teil der Ausflugsgruppe stieg erst hier zu. Erfreulicherweise hörte der Regen plötzlich auf und man konnte wieder auf dem Oberdeck Platz nehmen.

Wir wurden während der Fahrt sehr aufmerksam betreut. Der Schiffsführer erklärte was so links und rechts zu sehen gab. An der Sacrower Kirche vorbei, Richtung Potsdam ging es in den Sacrow-Paretzer-Kanal. Über zahlreiche Seen erreichten wir Ketzin und dann im vollen Sonnenschein schleusten wir in Brandenburg ein.



Am Salzhofufer legten wir an und die Gruppe wanderte über die Ritterstr. zum Altstädtischen Rathaus mit dem Roland. Das war unser Ziel zum Mittagessen. Das ehemalige Rathaus, heute Restaurant, wurde 1470/80 erbaut und ist ein sehr schöner Backsteinbau.

Der Roland vor der Marktfront des Rathauses wurde zweimal versetzt und steht seit 1946 an dieser Stelle. Der Roland ist eine monumentale Sandsteinfigur von ca. 6 m Höhe in der Rittertracht des 14. Jh. Auf der Rückseite wurde er auf 1474 datiert. Ursprünglich war die Figur vermutlich farbig.

Die Stadt ist es wert, sie nochmals mit einer ausführlichen Führung zu besichtigen. Natürlich bleibt nicht unerwähnt, dass hier Viktor von Bülow, genannt Lorient, geboren ist. In der ganzen Stadt verteilt findet man seine Möpse. So endet unser sehr gelungener Ausflug mit seinem Zitat: „Entschuldige, das ist mein erster Ruhestand. Ich übe noch“.

Mit der Bahn ging es zurück Richtung Berlin.

Bilder: Buchi, Text: Werner Kühnemann

20. bis 22. April 2026

Seminar zur Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit (AGA) im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen

12 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Berlin, Brandenburg und Sachsen kamen unter dem Motto „Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit mit Sinn und Elan“ im Bildungszentrum der IG Metall in Berlin zusammen.

Erwartungen und Erfahrungen

Am 1. Tag gab es, nach Klärung der Erwartungen der Einzelnen an das Seminar, zunächst eine Präsentation von Czaja Boebel aus der IG Metall Grundsatzabteilung zum Abwärtstrend der Mitgliederentwicklung in den letzten Jahren. Dem müsse mit allen Kräften entgegengewirkt werden. Die Gewinnung, das Halten und die Rückholung von Mitgliedern habe erste Priorität. Daran solle sich die AGA beteiligen.



Dann wurde eigene Erfahrungen mit Austrittsdrohungen, erfolgten Austritten und mit den Begründungen der Austritte ausgetauscht. Ein großer Teil konnte nicht von selbst erlebten Austritten berichten, sondern kannte nur die regelmäßig in den Delegiertenversammlungen bekanntgegebenen Zahlen. Aus Zwickau wurde berichtet, dass die AGA-Leute von der Geschäftsstelle Listen von zuletzt ausgetretenen Mitgliedern bekämen, mit denen telefonisch Rückholgespräche geführt würden, zu 50 % sogar erfolgreich. Andere hingegen erklärten, dass die Geschäftsstelle ihnen die Namen der Ausgetretenen mit der Begründung „Datenschutz“ nicht herausgebe.

Als Austrittsbegründungen werden u.a. die angebliche Nutzlosigkeit der Mitgliedschaft für Rentner,

die Notwendigkeit des Sparens wegen niedriger Höhe der Rente, der allgemeinen Teuerung der Lebenshaltung, der Erhöhung persönlicher Zuzahlungen im Altenheim und die Unsicherheit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung angegeben. Dagegen kann man natürlich viele Gegenargumente anführen. Es gab aber auch schon Fälle, in denen Angehörige, Betreuer oder sogar Mitarbeiter des Pflegeheims die Mitglieder zum Austritt drängten. Es ist dann schwieriger, gegen diesen Druck anzugehen

Aktive AGA Arbeit

Der 2. Tag begann mit Schilderungen der Aktivitäten der AGA zur Mitgliederbetreuung in einzelnen Geschäftsstellen. In Henningsdorf und Zwickau überreichen

AGA-Kollegen den langjährigen Mitgliedern zu ihren runden Geburtstagen und nach dem 90. Geburtstag jedes Jahr Blumen, bei Jubiläen der Mitgliedschaft zusätzlich die vorgesehenen Geschenke. Auch dabei wurde schon einmal von dem Mitglied geäußert, nun aber austreten zu wollen, das konnte

dann abgewendet werden. Ich berichtete an dieser Stelle über die regelmäßigen Mitgliedertreffen in Berlin (BeKU) und über die interessanten Themen unserer regelmäßigen Mitgliederversammlungen, z. B. über das Konzept Schwammstadt.

Gemeinsame Jubilarehrungen in größerem Stil finden nicht nur in Berlin, sondern zum Teil auch in anderen Geschäftsstellen seit Corona nicht mehr statt. Das wird allgemein bedauert. In Zwickau gibt es aber noch Jubilarveranstaltungen.

Es wird erkennbar, dass schon allein das Erreichen der nicht mehr im Betrieb tätigen älteren Mitglieder in Berlin einfacher ist als in den größeren Flächen Brandenburgs und Sachsens. In Berlin haben wir die Hinweise in der Metall-Zeitung und zusätzlich die Senioren auf igmetall-

berlin.de. Das ist in Brandenburg und Sachsen schwieriger. Da die älteren Mitglieder zum Teil auch nicht digital erreichbar sind, werden sie dort in einigen Geschäftsstellen noch per Post zur MV eingeladen.

Danach ging es dann um die Ziele des bezirklichen AGA-Ausschusses. Die Vernetzung der Aktiven wird als erstes Ziel genannt. In der Bezirksleitung ist die Zuständigkeit für die AGA von Iris Billich zunächst auf Stefanie Haberkorn und jetzt auf Moritz Riesinger übergegangen. Man hat den Eindruck, dass die AGA-Arbeit im Bezirk zuletzt nur noch nebenbei unterstützt wird und die zuständigen Sekretäre dafür nur wenig Zeit haben. Zur nächsten Sitzung in Berlin soll der Bezirksleiter Jan Otto eingeladen werden.

Kultur und Politik

Am Nachmittag besuchten wir den Deutschen Bundestag und erfuhren Einiges über die Arbeitsabläufe der Abgeordneten und ihre Tätigkeit in den verschiedenen Ausschüssen. Auch konnten wir ein interessantes Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Holger Mann aus Leipzig (SPD) führen. Daran nahm auch Moritz Riesinger (IGM Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen) teil. Im Anschluss gab es noch einen geschichtlichen Stadtrundgang u.a. zu den Mahnmalen für die ermordeten Juden sowie Sinti und Roma.

Ausblicke und Abschluss

Am 3. Tag war ich nur noch bis mittags dabei, weil ich an der MV zur Schwammstadt teilnehmen wollte. Zunächst wurde das Gespräch mit Herrn Mann noch einmal reflektiert. Nach diesem Gespräch und den letzten Äußerungen von Bundeskanzler Merz (Rente allenfalls Basisversorgung) haben viele von uns den Eindruck, dass die Koalition nicht mehr lange halten wird. Klar ist, dass am 1. Mai die Rentenreform unser Hauptthema auf der Straße sein muss.

Die offenen Briefe der AGA Unterelbe und des SAK Berlin an die Alterssicherungskommission der Bundesregierung und die Rentenkommission des DGB sowie des SAK Berlin an Christiane Benner bzgl. des Sozialstaatsbündnisses wurden von Karin Körner vorgelesen.

Danach folgte ein historischer Rückblick auf die Entwicklung der Gewerkschaften vom Kaiserreich bis heute und die gewerkschaftlichen Erfolge nach dem 2. Weltkrieg. Das in Art. 20 Abs. 1 GG enthaltene Sozialstaatsprinzip wird durch das in Art. 20 Abs. 4 GG formulierte Recht zum Widerstand in besonderer Weise geschützt. Gewerkschafter müssen sich deshalb auch als politisch verstehen.

Dies sollte dann am Nachmittag noch näher gemeinsam diskutiert werden.

Maria Metzke



14.10.2026

Besuch General Electric Marienfelde

Anmeldung am 21.09.2026

08.11.2026

Besuch der Theatervorstellung "Hamlet" im Berliner Ensemble

Anmeldung am 05.10.2026

01.02.2027

Renaissancetheater

Anmeldung am 02.11.2026

**Anmeldungen jeweils von 10 bis 13 Uhr
unter der Telefonnummer 030 25387-160**

25.11.2026

14 – 16 Uhr

Weihnachtliche Mitgliederversammlung

IG Metall-Haus, Alwin-Brandes-Saal, 5. Stock (Aufzug)

AG Begegnung und Kultur